

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 4. Dezember 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 106 Anfrage Brunner Simone und Mit. über die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer sowie deren Auswirkungen auf die Gemeinden / Finanzdepartement

Die Anfrage A 106 wurde auf die Dezember-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Simone Brunner hält an der Dringlichkeit fest.

Simone Brunner: Die Einführung der OECD-Mindeststeuer war bei der Steuergesetzrevision 2025 treibend, deren Beratung in gut einer Woche starten wird. Es zeichnet sich nun aber ab, dass die OECD-Mindeststeuer später als geplant eingeführt werden soll. Deshalb werden auch die potenziellen Erträge erst später in den Kanton Luzern fließen. Daher ist es aus Sicht der SP-Fraktion wichtig und dringend, heute Antworten über mögliche Szenarien zu erhalten und auf die Frage, was es bedeuten würde, wenn diese Einnahmen erst später in den Kanton fließen. Die Anfrage hat zudem ein hohes politisches Gewicht, weil die Steuergesetzrevision immense Auswirkungen auf unseren Kanton und unsere Gemeinden hat. Es ist wichtig, dass die Öffentlichkeit über diese möglichen Auswirkungen informiert wird. Ich bitte Sie, der dringlichen Behandlung zuzustimmen.

Fritz Gerber: Die SVP-Fraktion lehnt die dringliche Behandlung ab, da die Dringlichkeitskriterien nicht erfüllt sind. Es ist nicht der Fall, dass die Öffentlichkeit eine umgehende politische Stellungnahme des Kantonsrates erwartet. Das Anliegen wird auch nicht gegenstandslos, sondern nächstens in der entsprechenden Kommission behandelt.

Heidi Scherer: Die FDP-Fraktion lehnt die dringliche Behandlung ebenfalls ab. Die Dringlichkeitskriterien sind nicht erfüllt, und die Fragen gehören in die Kommission. Nächste Woche findet eine Sitzung der Kommission Wirtschaft und Abgaben (WAK) statt, dort sind die Fragen richtig platziert.

Simone Brunner: Es müssen nicht alle Dringlichkeitskriterien erfüllt sein, sondern eines reicht aus. Aus meiner Sicht sind sogar alle fünf Kriterien erfüllt.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Fragen sind interessant, sie sollten aber zusammen mit der Steuergesetzrevision diskutiert werden. Ich bitte Sie daher, die dringliche Behandlung abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 85 zu 27 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.